

sein könnte, seinen deutschen Nachbarn im Westen zu bedrohen?

Verzeihen Sie, wenn diese Gegenskizze der polnischen Identifikation mit seiner Außenpolitik und mit seinem politischen Verhalten so intensiv gezeichnet ausfiel. Aber oft muß man stärker konturieren, um zu verdeutlichen, was gemeint ist: daß nämlich auch der polnische Mensch – ähnlich wie der deutsche – gegen seinen Willen in ein System und in einen Block politischer Stagnation integriert worden ist, der ihn zu denselben Stereotypisierungen verleitet wie seinen deutschen Nachbarn, der ebenfalls in ein System und in einen Machtblock eingefangen wurde. Dieses Bewußtsein einer gemeinsamen, wenn auch gradmäßig vielleicht unterschiedlichen politischen Bindung sollte das Bedürfnis nach Verständigung und Aussöhnung im Vorfeld der politischen Machtblöcke ermutigen und stärken und das gegenseitige Mißtrauen abbauen helfen. Die Loslösung aus den politischen Machtblöcken wird somit wohl eine der vordergründigsten Aufgaben sein müssen, um zu einer deutsch-polnischen Verständigung zu gelangen. Nur ein Ausbruch oder langsames Hinauswachsen aus den stag-

nierten Blöcken westlicher und östlicher Provenienz sowie die beständige Einübung einer fortwährenden Opposition gegen eine inhumane Obrigkeit – auf beiden Seiten! – vermag auf die Dauer eine gemeinsame freie Zone zwischen den Machtblöcken zu schaffen, in der Deutsche und Polen in einer entideologisierten und entgifteten Atmosphäre leben könnten. Solange diese elementare Freiheit und Selbstbestimmung beiden Völkern versagt bleibt, scheint eine unmißverständliche Verständigung und Aussöhnung nicht realisierbar, weil ja im letzten nicht die eigenen, sondern stets die Interessen einer inhumanen Obrigkeit im Spiel sein und die Geschehnisse der ihr untergebenen Nation lenken werden. Vielleicht sollten wir, Deutsche und Polen, mehr und mehr überlegen, wie dieses uns gemeinsam aufgegebenes Ziel, nicht mehr länger gegeneinander ausgespielte Bälle der Weltmächte zu sein, mit vereinten Kräften zu erreichen sei. Dazu möge uns dieses Gespräch beständig weiterführen und von neuem anregen und ermutigen. Im Dienst dieser großen Aufgabe und eines Brückenschlags zwischen Deutschen und Polen stehen diese hier skizzierten Gedanken.

Ernst Josef Krzywon

DDR-Bürger in der Bundesrepublik

Die Bürger der DDR und die Bürger der Bundesrepublik wissen immer noch sehr wenig voneinander. Innerhalb der eigenen Republik wurden die politische Struktur und die Verantwortlichen jeweils öffentlich schwarz-weiß gepinselt: die Guten hier – die Bösen drüben. Selbst über die eigene politische Struktur und das eigene politische Verhalten beginnt ein größerer Teil der Bundesbürger erst seit einigen Jahren kritisch nachzudenken. Was jene erfuhren und dachten, die freiwillig aus der DDR in die Bundesrepublik kamen – von 1949 bis 1961 dreieinhalb Millionen – gehörte kaum dem öffentlichen Bewußtsein an.

Barbara Grunert-Bronnen interviewte zwölf „Zonenflüchtlinge“, acht Männer, vier Frauen, die in den fünfziger und ersten sech-

ziger Jahren ihre Heimat verließen, weil die DDR sie nicht befriedigte, ihre Erwartungen zurückstieß. Die Befragten sind heute zwischen 25 und 38 Jahren, nach einem schweren inneren „Bruch“ alle in den westdeutschen Wirtschaftsbetrieb eingegliedert. Gemäß Ulbrichts Staatsbürgerschaftsgesetz vom 20. Februar 1967 bleiben sie Bürger der DDR. Von daher der Titel „Ich bin Bürger der DDR und lebe in der Bundesrepublik“¹.

¹ Ich bin ein Bürger der DDR und lebe in der Bundesrepublik. 12 Interviews hrsg. v. B. Grunert-Bronnen. Mit einem Nachwort von Uwe Johnson. München: Piper 1970. 132 S. Kart. DM 6,-. Es ist der dritte Band der im Sommer 1970 begonnenen Paperback-„Serie Piper“ (inzwischen 7 Bände).

Nur für eine einzige, für Franziska M. (38 Jahre, Offizierstochter, Tiefbau-Ingenieurin), „ist der Westen das Gegebene“. Sie „will nichts verändert haben“. Alle übrigen sind mit dem Lebensstil hierzulande, mit der individualistisch-kapitalistisch verstandenen Freiheit nicht zufrieden. Sie vermissen ein partnerschaftliches Verhältnis im Beruf, persönliche Freundschaft, Interesse am Mitbürger im privaten Leben. Das lebt hier alles so für sich hin, jeder auf einem Wohlstandszipfelchen, besitz- und genußhungrig, konkurrenz-bewußt, isoliert.

Ein positives Verhältnis zum Sozialismus gewannen die meisten Befragten erst hier, als Reaktion gegenüber der Bundesrepublik. Sie meinen freilich nicht den staatlich fixierten, den Menschen vereinnahmenden und neubürgerlich verwaltenden Sozialismus, der DDR, sondern einen freien, wahrhaft demokratischen Sozialismus, der sich ständig kritisch selbst erneuert; sie abstrahieren einen Sozialismus für den Menschen. Gefragt nach ihrem Verhältnis zur Bundesrepublik und zur DDR, antworten die meisten nach beiden Seiten hin negativ und verweisen auf die angedeutete dritte Möglichkeit, die Utopie, von der einer meint, daß sie sich in China verwirkliche.

Negative Eindrücke von drüben: die Indoktrination, Festlegungen, Zwänge, das Mitmachen-Müssen. Positive Eindrücke von drüben: „Erziehung zu einem Gemeinschaftsgefühl“, Kollegialität der Arbeit, kritisches politisches Nachdenken, eine bessere Ausbildungsmöglichkeit und Altersversorgung. Der einzelne ist nicht so verloren, nicht so fixiert auf den Erwerb materieller Güter. Allerdings hat man drüben „von Anfang an alle Probleme mit einer schlimmen, heuchlerischen Ideologie zugedeckt“. Aber „meine Hoffnungen sind verbunden mit einer sozialistischen Gesellschaft“ (Carla G., 30 J., Redakteurin). Das Urteil über den Westen? „Eine kapitalistische Gesellschaft, die eigentlich nur eines fordert: nämlich die totale Anpassung, wobei die Meinungsfreiheit lediglich eine therapeutische Ventilfunktion hat“ (Manfred G., 35 J., Journalist, dann freier Schriftsteller). Seine

Erfahrung und Konsequenz: „Ich habe erkannt, daß die Apparate – ich spreche hier von einem meinungsbildenden Zeitungsapparat – in sich so geschlossen sind und von innen heraus sich nicht verändern lassen, daß man keine andere Wahl hat als entweder sich umdrehen zu lassen, also im Sinne dieser Kommunikationsapparate zu funktionieren, die das herrschende System festigen und erhalten wollen, oder: diese Apparate zu verlassen. Letzteres habe ich getan.“ Ein Chirurg an einer Westberliner Klinik über die Zusammenarbeit unter Kollegen: „In der DDR waren wir fast alle Gleichgesinnte, was dazu führte, daß man sich auch nach dem Dienst zusammensetzte, diskutierte und sich auf diese Weise näher kam. Das wiederum hatte fruchtbare Auswirkungen auf die berufliche Zusammenarbeit. In der BRD dagegen kann man gerade auf diesem Sektor erhebliche, unter Umständen die Existenz vernichtende Auseinandersetzungen finden“ (Ulrich K., 31 J.). Ihn stört beruflich vor allem das „hierarchische Prinzip“ (west-)deutscher Kliniken und das Streben nach Spitzenpositionen durch „das berechnend politische als auch das berechnend religiöse Engagement“.

Mehrere der Befragten bekennen eine gewisse Ratlosigkeit gegenüber einem anwendbaren politischen Modell auf die Bundesrepublik. Einer gesteht offene Resignation. Thomas P. (37 J., Pfarrerssohn, Staatsschauspieler): „Ich müßte auf beide Teile (Deutschlands) speien... Ich bin politisch müde, uninteressiert geworden... Ich kann mir immer nur sagen, was ich ganz schlecht finde, wogegen ich bin, was ich ändern will; aber wie ich es mir wünsche, das kann ich nicht sagen.“ Eine nicht-eindeutige Entschiedenheit und ein mehr oder minder ausdrückliches Plädoyer für eine dritte Möglichkeit eignet allen. „Als ich in der DDR war und mich amputiert fühlte, da habe ich mich nach der Freiheit des Westens gesehnt. Und als ich die Freiheit des Westens hatte, da sehnte ich mich gelegentlich nach dem Kollektiv in der DDR“ (Christiane E., 33 J., Journalistin). Eine unmittelbare Veränderung des Systems hier halten die meisten nicht für möglich,

weil der Wille zur Veränderung und das Bewußtsein dafür in breiten Schichten der Bevölkerung fehlen und weil die konformistische „Selbstzensur“ dieser Gesellschaft zu groß ist. „Voraussetzung“ für eine kommende gesellschaftliche Veränderung wäre „eine grundlegende Veränderung in allen Erziehungsbereichen, vom Kindergarten her: um überhaupt erst Leute zu bekommen, mit denen man gegen diese Gesellschaft was unternehmen kann“ (Helmut K., 33 J., Steuerberater). Nach APO und SDS befragt, anerkennen die meisten die studentische Initiative, halten aber deren politische Vorstellungen in vielem für „undurchdacht und unreif“, illusionär. In einer Hinsicht haben diese jungen Linken die Sachlage erschwert. „Der Bürger ist inzwischen verschreckt, den Bürger wollten sie aber überzeugen. Und das ist die große Tragik: die haben dem Bürger keinen größeren Gefallen getan, als ihm die Fensterscheiben einzuschlagen. Denn damit haben sie sich unglaublich gemacht, haben die vorhandene Einstellung des Bürgers unterstutzt, der immer seine Ruhe und Ordnung haben will“ (Christiane E.). Nur zwei der zwölf Befragten entschlossen sich zu direkter parteipolitischer Aktivität. Ein Angestellter einer Werbeagentur schloß sich der ADF an, ein Kellner, seit Kindheitstagen kommunistischer Idealist, der DKP.

Für das Nachwort gab es keinen Berufeneren als Uwe Johnson, den Romancier der deutschen Teilung. Aus eigener Erfahrung versucht er „eine Mentalität zu erklären“, nämlich die Mentalität derer, die von einem in den anderen Teil Deutschlands überwechselten und nacheinander von beiden Teilen enttäuscht wurden. Für die jungen Menschen in der DDR war zunächst „die moralische Eindeutigkeit verführerisch“. Es konnte „ein nahezu partnerschaftliches Verhältnis“ zum Staat „anwachsen“. Negativ bemerkte dann der Erzogene, daß der Staat „allgegenwärtig wirksam“ war. „Die DDR war der Swinegel und immer schon da.“ Das Verhältnis zwischen Staat und Bürger erwies sich alsbald

als „neue Ideologie“. Man verlangte Kritiklosigkeit, Ergebenheitsadressen, ließ den Widerspruch öffentlich nicht zu. „Diese strenge Erzieherin DDR bestrafte schon leisen Zweifel an ihrer Güte mit Liebesentzug.“ Der kritische Denkende verlor das Vertrauen, entschloß sich „die Vormundschaft grundsätzlich aufzukündigen“. Dann begannen die Schocks herüber, beginnend mit dem Aufnahmelager, sich verhärtend in der Erfahrung „westdeutscher Herrschaftsverhältnisse“. „Die gesellschaftliche Lüge saß auch hier in Strich und Faden.“ Und dann kam die Schwierigkeit, daß man allmählich selbst „Genuß am Konsum“ fand. Aber „die Leistungen der oppositionellen wie der institutionalisierten Publizistik machten das Leben im Gebiet der Westmark von Anfang an annehmbar. Von allen Freuden des Konsums ist diese echt unverzichtbar. Wem aber sogar die politische Kommunikation als Genußmittel vorkommt, dem darf man getrost nachsagen, daß er eingebürgert ist.“ Dieses Wort von Uwe Johnson ist eine große Ehrenrettung für den Westen. Johnson meint, daß einige der Befragten „eine Rückkehr in die DDR nahezu unkritisch erwogen“. Sein letzter Satz: „So reden also verstoßene Kinder.“

Das Problem ist nicht gelöst; eine Wiedervereinigung zweier gesellschaftlich total verschiedener Systeme nicht in Sicht. Leben mit dem Unlösbaren? Nach soviel politischen Schlagworten und Verfestigungen tut es wohl, Erfahrungen, Meinungen und Überlegungen dieser Betroffenen zu hören. Da versucht der einzelne immer wieder traumatisch ab- und aufzurechnen. Da leben sie alle zwischen Resignation und Utopie, untergekommen und keiner am Hungertuch nagend. Daß jeder, verschärft durch den „Bruch“, in die Krise des Erwachsenwerdens gestürzt wurde, wird von Frage und Antwort nicht reflektiert. Auch religiöse Fragen werden nicht gestellt. Überall scheint durch die Trauer über das Mißverhältnis von Ideal und Wirklichkeit. Die Chance bis auf weiteres: nur kleine Schritte.

Paul Konrad Kurz SJ